d'meenung vum mouvement écologique

Visioune fir muer Bausténg fir eng zukunftsfäheq Gesellschaft

Walfuerderungen vum Mouvement Ecologique

Abrëll 1999

MOUVEMENT ECOLOGIQUE

58

Visioune fir muer
Bausteng fir eng zukunftsfäheg Gesellschaft

Walfuerderungen vum Mouvement Ecologique

In der Regierungserklärung der aktuellen Mehrheitsparteien werden der Umweltpolitik mehrere Seiten gewidmet. Kurz vor Ablauf der Legislaturperiode muß jedoch festgestellt werden, daß die Regierung ihren eigenen Ansprüchen nur sehr begrenzt gerecht wurde.

Der Mouvement Ecologique bedauert diese Tatsache zutiefst. Unverständlich ist vor allem, warum zukunftsweisende Projekte, die eine Verknüpfung von Sozialem, Wirtschaft und Ökologie im Interesse aller ermöglicht hätten, kaum in Angriff genommen wurden.

Mit der Veröffentlichung *«Visioune fir muer - Bausteng fir eng zukunftsfäheg Gesellschaft - Walfuerderungen vum Mouvement Ecologique»* möchte der Mouvement Ecologique deshalb sehr konkret und ausführlich aufzeigen, welche Maßnahmen im ökologischen Bereich in der nächsten Legislaturperiode ergriffen werden müßten, falls die hehren Ziele der Nachhaltigkeit, der Ökologisierung der Wirtschaft, der Verbindung von Sozialem und Ökologie... erreicht werden sollen.

Dies geschieht in der Hoffnung, daß Anregungen von den verschiedenen Parteien nicht nur in der Wahlkampagne aufgegriffen, sondern tatsächlich auch in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden. Entsprechend wurden die aus ökologischer Sicht relevanten Politikbereiche behandelt; *Demokratizu Letzebuerg, Schoulpolitik: e Bildungsprogramm fir nachhalteg Entwécklung, e Mateneen vun Ekologi a Wirtschaft, mir liewen all an enger Welt, harmonesch Siedlungsentwécklung a Landesplanung, Verkéier: fir eng emweltverträglich a sozialgerecht Mobilitéit, Produzent a Konsument beienee brengen, Natur a Landschaft fir de Mensch erhalen, e Leitbild fir de Lëtzebuerger Tourismus entwéckelen, Energipolitik: nationale Konsens fir en «Energiland Letzebuerg schaafen», Waasserwirtschaft: eng offensiv Politik op der Basis vu neie Strukturen, Offaltpolitik: vum Recycling zur Offallvermeidung, Prioritéit fir eng präventiv Gesondheetspolitik.*

Als Umweltschutzorganisation treten wir vor allem für eine Demokratisierung der politischen Entscheidungsprozeduren ein: ein Mehr an Transparenz, eine offene Streitkultur u.a.m. sind erforderlich, falls unsere Gesellschaft die Herausforderungen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts angehen soll. Deshalb hat der Mouvement Ecologique auch, als konstruktiver Beitrag, eine repräsentative Umfrage bei der ILRES in Auftrag gegeben, in der wesentliche Fragestellungen aus ökologischer Sicht aufgeworfen wurden. Die Resultate sprechen eine klare und deutliche Sprache:

Klare umweltpolitische Zielsetzungen und effiziente Strukturen

Die Ergebnisse der ILRES-Umfrage in bezug auf die Bewertung der Regierungsarbeit im Umweltbereich sind überdeutlich: eine absolute Mehrheit der Befragten erteilt der Regierung eine sehr schlechte Note in Sachen Umweltpolitik. Nur 22% (!) der Befragten konnten folgende Frage positiv beantworten: *«Kennt Dir eis een oder méi Projeten nennen, déi des Regierung vun CSV an LSAP an de laschte 5 Joer am Emweltberäich*

réaliséierthun?». Alle anderen Befragten wußten keine zu nennen; 2% gaben an, es gäbe keine! Interessant sind die Projekte, die überhaupt als Realisierung angeführt wurden. Spontane Antworten waren u.a.folgende: Recyclingmaßnahmen (33), Haebicht-Dossier (15), Nordstraße (11), Reglementierungen betreffend die Belastung durch Industrien (11), Windmühlen (10), Kläranlagen (10) und als weitere Projekte Straßenbau, Naturschutzmaßnahmen, BTB und öffentlicher Transport, Reglementierungen betreffend die Belastungen durch den Individualverkehr, Naturpark Obersauer, «Haff Réimech», Hochwasserschutzmaßnahmen, soziale Maßnahmen, Blockheizkraftwerke, Anpflanzungen.

So wird dann auch eine Diskrepanz zwischen politischem Handeln und den Erwartungen der Bürger sehr deutlich. Denn mehrere Fragestellungen weisen durchaus eine große Sensibilität der Bürger für Umweltthemen auf (z.B. eine große Bereitschaft für Mehrausgaben für Maßnahmen im Sinne der Umwelt, des Erhalts der Lebensqualität, falls der Rahmen stimmt). Ein Beispiel: auf die Frage *«Sidd Dir der Meenung, datt d'Landschaft tëschent den Uertschaften resp. dei fräi Natur, mei wéi fir de Moment musse geschützt an erhale gin, och wann dat heescht, datt dann do nët gebaut däerf gin a keng nei Strooss mei derdurch däerf goen»* antworten 84% mit «ja», und lediglich 10% mit «nein».

Diese Aussagen sind als eindeutigen Auftrag an die Politik zu verstehen, ökologischen Fragestellungen - auch in Verbindung mit Sozial- und Wirtschaftspolitik - wieder den Stellenwert einzuräumen, der ihr zusteht.

- Klare gesellschaftliche Ziele im Sinne der Nachhaltigkeit festlegen! Wir brauchen eine politische Diskussion aufgrund wissenschaftlich abgesicherter Fakten, über die Frage: Welche konkreten Ziele verfolgen wir überhaupt? Welche Reduktion des Individualverkehrs, der CO2-Emissionen streben wir in den nächsten Jahren an? Um wieviel wollen wir den Flächenanteil der biologischen Landwirtschaft erhöhen? Welche Freiräume in der Landschaft wollen wir rechtsverbindlich schützen? Welchen Anteil an regenerativen Energieformen wollen wir in der nächsten Legislaturperiode durchsetzen?

- Neue gesellschaftliche Aufgaben erfordern neue Strukturen und Kooperationsformen: Der Mouvement Ecologique tritt neben einer Demokratisierung der staatlichen Verwaltungen und Entscheidungsprozesse für Restrukturierungen der Regierungsverwaltung ein, u.a. im Umweltbereich: Schaffung einer Natur- und Umweltschutzverwaltung (mit einem Herauslösen des Naturschutzes aus der Forstverwaltung und der Bündelung der Kompetenzen im Wasserwirtschaftsbereich), Ausstattung des Transportministeriums mit größeren politischen Kompetenzen, Schaffung eines Urbanismusministeriums sowie eines Postens für Wirtschaftsfragen im Umweltministerium. Daneben gilt es neue Kooperationsformen in Form von spezifischen Agenturen in die Wege zu leiten (Mobilitätsagentur, Energieagentur).

-In die Prävention statt in die Reparatur investieren: Dies gilt besonders in der Frage der Wirtschaftsförderung und der Gesundheitspolitik.

Für ein Mehr an Demokratie und Bürgerbeteiligung!

Eine Ökologisierung der Politik geht Hand in Hand mit einem Mehr an Demokratie, einer grundsätzlichen Demokratisierung der Entscheidungsprozesse.

Wie hoch das heutige Mißtrauen der Bevölkerung in bezug auf die Transparenz von Entscheidungsprozessen ist, zeigen die Resultate der durchgeführten Umfrage auf, dies in einem Ausmaß, das betroffen macht: Ist es nicht ein Armutszeugnis für unsere politische Kultur, wenn auf folgende Frage *«Wou gin Äerer Meenung no dei wichtegstpolitesch Decisiounen hei am Land geholl?»*

- 37% der Befragten angeben, diese würden *«hannert zouenen Diiren»* getroffen;
- 26% angeben, dies geschähe auf Regierungsebene und
- nur 23% davon ausgehen, daß die Abgeordnetenkammer die Entscheidungen träfe,

Ebenso bestürzend ist. daß immerhin 12% davon ausgehen, die wichtigsten politischen Entscheidungen würden in wirtschaftlichen Kreisen getroffen und 11% der Tripartite einen hohen Stellenwert einräumen. Ist es nicht befremdend, daß die Parteien nur von 7% der Befragten in dieser Entscheidungsfunktion gesehen werden?

Parallel zur Forderung nach einem Mehr an Demokratie, scheint eine Mehrheit der Bevölkerung aber auch dafür einzutreten, daß der Stellenwert der freien Kräfte in der Gesellschaft deutlich erhöht werden soll. Denn sowohl die gesellschaftliche Bedeutung der Nichtregierungsorganisationen wird hervorgehüben, als auch die Verpflichtung des Staates diese freien und z.T. gesellschaftskritischen Kräfte stärker zu unterstützen.

Auf die Frage *«Eng Gesellschaftbrauch nei Iddien a Visioune fir d'Zukunft. Wéi eng Gesellschaftsgruppen droen Äerer Meenung no am meeschten doderzou bäi?»* geben 42% der Befragten in erster Linie die Umwelt-, Dritte-Welt- und Menschenrechtsorganisationen an. Politische Parteien werden erst mit erheblichem Abstand an zweiter Stelle von 27% der Befragten angeführt. An dritter Stelle rangieren die Gewerkschaften mit 26%, an vierter die Wirtschaftskreise und an fünfter Stelle die Kirchen mit 3%.

Stellt man die Frage, welche Kräfte wohl am wenigsten Ideen und Visionen für die Zukunft vermitteln, so bestätigt sich diese Einschätzung: Kirchen (52%), Wirtschaftskreise (12%). Gewerkschaften (10%), politische Parteien (8%), Umweit- Dritte-Welt und Menschenrechtsorganisationen (4%).

Entsprechend hoch ist auch die Zustimmung der Bevölkerung, daß der Staat auch Organisationen unterstützen solle, auch (oder gerade wenn?) sie kritische Stellungnahmen einnehmen. Auf die Frage *«Sidd Dir der Meenung, datt eng Gesellschaft och Organisatioune soll finanziell ënnerstëtzen, déi kritesch Positioune zu aktuellen Themen nun, wéi z.B. d'ASTI, Amnesty International, ASTM (Action Solidarité Tiers Monde) oder e Mouvement Ecologique, d.h. datt esou Organisatiounen vum Staat finanziell Hellef solle kréien fir hir Aarbecht kennen ze maachen?»* sprechen sich 84% der Bevölkerung dafür aus - nur 11% dagegen!

Der Mouvement Ecologique sieht sich deshalb in seiner grundsätzlichen Forderung nach einer stärkeren Förderung der politischen Kultur in Luxemburg bestätigt. U.a. folgende Schritte sind unerläßlich:

- Reform des Staatsrates: Dieses Gremium hat sich als zweite Kammer selbst diskreditiert, da es in keiner Form mehr die verschiedenen gesellschaftlichen Meinungers widerspiegelt und einseitig ausgerichtete Gutachten verabschiedet. Dies gilt u.a. im Umweitbereich. Eine Reform u.a. in bezug auf die Zusammensetzung ist mehr als überfällig.
- Demokratisierung der Entscheidungsprozesse: Es sollten primär offene und kontradiktorische Diskussionen. spezifisch einberufene Gesprächsforen, ein Ausbau der direkten Partizipation bei kommunalen und regionalen Planungsprozessen ... sichergestellt werden - die Rolle der Tnpartite sollte hauptsächlich auf Krisensituationen begrenzt werden;
- Aufbau transparenter **Meinungsbildungsprozesse:** Es gilt neue Weichen in diesem Bereich zu setzen, u.a. durch eine Gesetzgebung gemäß dem «freedom of information act», eine Verwaltungsreform, durch welche die Staatsstrukturen offener gestaltet werden;
- Systematische Förderung der politischen **Bildung:** Eine Integration der gesellschaftlichen und politischen Bildung in das Schulsystem drängt sich auf;

- Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit: Die Einführung des «conge associatif / politique» sowie eine stärkere finanzielle Unterstützung (auch der kritischen) Nichtregierungsorganisationen sollten eine Selbstverständlichkeit sein.

Für eine Verknüpfung von Ökologie und Sozialem

Von politischer Seite wird vielfach argumentiert, für grundsätzliche Umorientierungen u.a. im ökologischen Bereich sei eine entsprechende Akzeptanz in der Bevölkerung ungenügend. Die Ergebnisse der ILRES-Umfrage sprechen eine andere Sprache:

Auf die Frage *«Wäert Dir bereed méi fir Äeren Energieverbrauch (Stroum, Benzin, Mazout, Gas asw.) ze bezuelen, wann dat geiw derzou bäidroen, fir d'Emwelt ze schounen, de Verbrauch erofzesetzen an des Steiergelder geiwen agesat gin fir sozial Zwecker (wei d'Pflegeversecherung) an Emweltzwecker, wei d'Entwécklung vun erneierbaren Energien?»* ist die Antwort bei den Befragten eindeutig: 74% mit ja und lediglich 23% mit nein. Von ersteren wären 13% bereit, mehr als 5% Aufpreis zu zahlen, 29 Prozent 10% Aufpreis, 7 Prozent 15% Aufpreis, 19 Prozent sogar 20% Aufpreis, 12 Prozent 30% Aufpreis und 8 Prozent 50% Aufpreis.

Diese Zustimmung wertet der Mouvement Ecologique als Aufforderung an die Politik, allzu eingefahrene Wege zu verlassen und auch die grundsätzliche Bereitschaft der Bevölkerung für eine stärkere Ökologisierung umzusetzen.

- Es ist unerläßlich neue Wege in der Steuerpolitik zu begehen. Eine finanzielle Entlastung des Faktors Arbeit und eine entsprechende Mehrbelastung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung sind zwingend. Eine systematische, wohldurchdachte und stufenweise eingeführte Ökoiogisierung des Steuersystems ist unerläßlich. Daß hierzu - trotz dem Oeko-Steuern-Debakel dieser Regierung - eine grundsätzliche Bereitschaft bei der Bevölkerung vorhanden ist, wenn eine progressive Vorgehensweise mit klarer Zieldefinition (u.a. auch in bezug auf die Nutzung der Gelder) besteht, zeigen die Resultate in Bezug auf die Einführung der Energiesteuer.

- In Menschen statt in Material investieren! Bis dato schien eine eindeutige Priorität der Regierung in der Durchführung von Infrastrukturprojekten zu liegen. Sicherlich, die Schaffung neuer Infrastruktur mag auch in Zukunft - angesichts steigender Bevölkerungszahlen - notwendig sein. Und doch: ein Umdenken ist unerläßlich. In Zukunft werden weitaus stärker Investitionen in Menschen notwendig sein, die Projekte umsetzen und durchführen. Die Erfahrung zeigt auf, daß gerade dort wo auch in Menschen investiert wurde - siehe z.B. Leaderprogramme - zukunftsweisende Projekte geboren und umgesetzt werden konnten.

- Zudem ist eine Verknüpfung der Umweit-, Sozial- und Wirtschaftspolitik wichtiger denn je. Vorrangiges Ziel müßte es sein, endlich die Chancen und Möglichkeiten des Miteinanders zu gewährleisten. Der Mouvement Ecologique und der OGBL haben exemplarisch für andere Beispiele dasjenige der Altbausanierung angeführt. Diese Idee steht aber nur stellvertretend dafür, um aufzuzeigen, welche ungenutzten Möglichkeiten es gibt.

Neue **Kooperationen** eingehen - Stärkung der Idee der Regionen

Ein Mehr an Demokratie - ein Mehr an Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sind unweigerlich mit einer Stärkung der Idee der Regionen verbunden. Durch die regionale Zusammenarbeit kann ein Mehrwert in der Region geschaffen und Arbeitsplätze vor Ort sichergestellt werden. Die Region ist zudem der Dreh- und Angelpunkt für die Lösung bestehender Probleme bzw. die Durchführung innovativer Projekte im Verkehrsbereich, der Tourismuspolitik, zur Stärkung der Landwirtschaft und der Verbindung des Konsumenten und des Produzenten, im Energiebereich u.a.m.

Auch in diesem Bereich ist eine eindeutige Akzeptanz der Befragten erkennbar. So weist die Umfrage z.B. auf, daß die Einwohner durchaus bereit sind, regionale Strukturen zu fördern und Mehrausgaben für qualitativ hochwertige Produkte zu akzeptieren.

Dies wird deutlich in folgender Fragestellung: ***«WäertDir bereed, méi fir Äer Liewensmëttel ze bezuelen, wann dei vu ganz gudder Qualitéit an an eiser Gegend hiergestallt wieren, natiirlech ënnert der Konditioun, dat dei Qualitéit an Hierkonft streng gepréiwt sin?»***

Diese Frage wurde von 88% der Befragten bejaht; sie wurde lediglich von 10% verneint. 9% sind bereits einen 5%-tig höheren Preis zu zahlen, 20 Prozent 10% Aufpreis, 22 Prozent 20% Aufpreis, 15 Prozent 30% Aufpreis, 21% einen 50% höheren, 2% sogar einen 75% höheren und 5% sogar einen doppelten Preis.

Es gilt demnach bewußt, diese Akzeptanz aufzugreifen und bewußt die Idee der regionalen Produkte und entsprechend auch der regionalen Vermarktung - auch im grenzüberschreitenden Bereich - zu fördern. Dies bedingt auch eine Stärkung der regionalen Strukturen als solchen. Der Mouvement Ecologique tritt deshalb u.a. ein, für;

- eine Neueinteiiung der Aufgaben zwischen Staat, Region und Gemeinden und der progressiven Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten;
- der konsequenten Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit der Gemeinden in Syndikaten;
die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit;
- die Schaffung eines Regionalfonds und der stärkeren Unterstützung von regionalen Modellprojekten;
- der Stärkung regionaler Vermarktungsstrukturen, der Diversifizierung der Landwirtschaft sowie der Förderung regionaler Verkaufsstrukturen...